

Interpellation Nr. 18 (März 2026)

26.5073.01

betreffend Bedeutung zugewanderter Arbeitskräfte für die Grundversorgung und Funktionsfähigkeit systemrelevanter Branchen

Die Sicherstellung der Grundversorgung ist eine zentrale Aufgabe der Politik. Die Realität zeigt: Ohne den Einsatz zugewanderter Arbeitskräfte wären wesentliche Bereiche unseres Gemeinwesens nicht mehr handlungsfähig. Eine sachliche Diskussion muss diese Zusammenhänge transparent machen.

Die Entwicklungen bei der Demografie und auf dem Arbeitsmarkt stellen unsere Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Ohne zugewanderte Arbeitskräfte wäre die Grundversorgung in zentralen Bereichen wie z.B. Pharma, Gesundheitswesen, Altenpflege, Handwerk, Reinigung, Logistik und öffentlicher Infrastruktur nicht mehr gewährleistet. Diese Branchen sind nicht nur systemrelevant, sondern unverzichtbar für die Lebensqualität und Sicherheit der Bevölkerung. Aktuelle politische Diskussionen um die Begrenzung von Zuwanderung machen eine fundierte Bestandsaufnahme notwendig: Wie abhängig ist unser Kanton tatsächlich von Arbeitskräften aus dem Ausland – und welche Konsequenzen hätte ein Rückgang für die Versorgung der Bevölkerung?

Vor diesem Hintergrund richte ich folgende Fragen an den Regierungsrat:

1. Wie bewertet der Regierungsrat die aktuelle und zukünftige Abhängigkeit des regionalen Arbeitsmarktes insgesamt und insbesondere der systemrelevanten Branchen (wie z.B. Pharma, Gesundheitswesen, Altenpflege, Handwerk, Reinigung, Logistik, öffentliche Infrastruktur) von zugewanderten Arbeitskräften?
2. Wie hoch ist der Anteil zugewanderter Arbeitskräfte, aufgeschlüsselt nach Branchen, EU/EFTA-Staatsangehörigen und Personen aus Drittstaaten?
3. Gibt es Prognosen, wie sich ein Rückgang der Zuwanderung in diesen Gruppen auf die Versorgungsqualität auswirken würde?
4. Welche konkreten Massnahmen, abgesehen von Zuwanderung, ergreift der Kanton, um den Arbeitskräftemangel in diesen Branchen zu bekämpfen (z. B. Aus- und Weiterbildung, Anreize für inländische Arbeitskräfte)? Wie erfolgreich sind diese Massnahmen bisher?
5. Welche wirtschaftlichen und sozialen Risiken sieht der Regierungsrat, wenn der Anteil zugewanderter Arbeitskräfte in systemrelevanten Branchen sinkt? Wie bewertet er konkret die Gefahr von Versorgungsengpässen (z. B. in der Pflege, im Handwerk oder bei kritischer Infrastruktur) und die konkreten Auswirkungen und daraus folgenden Kosten für die Allgemeinheit?
6. Inwiefern setzt sich der Regierungsrat auf Bundesebene für die Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse des Kantons Basel-Stadt ein – etwa durch gezielte Anwerbeprogramme, vereinfachte Anerkennung ausländischer Abschlüsse oder flexible Kontingente für systemrelevante Berufe?
7. Wie kann der Kanton Basel-Stadt in der nationalen Debatte deutlich machen, dass eine funktionsfähige Grundversorgung ohne zugewanderte Arbeitskräfte aktuell nicht denkbar ist und in welchen Gremien kann er das tun?

Pascal Pfister